



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde
vom 14.09.2020

Top 8 Bericht des Landrates

TOP

[Siehe Anlage.](#)

**Verwaltungsbericht
von Landrat Dr. Rolf-Oliver Schwemer
zur Kreistagssitzung
am 14. September 2020**

Frau Kreispräsidentin,
meine Damen und Herren,

in meinem Verwaltungsbericht werde ich auf folgende Themen eingehen:

- 1. Corona-Lage im Kreis,**
- 2. Kfz-Zulassung: Online-Termine in der Zulassungsbehörde,**
- 3. Situation in der Bauaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde,**
- 4. Weiterentwicklung des Jugend- und Sozialdienstes,**
- 5. Zur Arbeit der Heimaufsicht,**
- 6. Kreisstraßen – Deckenerneuerungen.**

Zu den Themen im Einzelnen:

Corona-Lage im Kreis

Anknüpfend an meinen Bericht vom 14. April 2020 möchte ich Sie über die weitere Entwicklung im Zusammenhang mit dem Coronavirus informieren. Nachfolgend werde ich auf folgende Aspekte eingehen:

- Allgemeine Entwicklung im Kreis,
- Struktur des Lagezentrums,
- CO₂-Messgeräte,
- Empfehlung der e-guest-App durch die DEHOGA,
- Sonstige Maßnahmen in der Kreisverwaltung mit Bezug zu Corona.

Nachdem der Kreis die Strukturen des Corona-Lagezentrums während der Sommermonate zurückfahren konnte, erfordern es die derzeitigen Entwicklungen, diese Strukturen zu reaktivieren und an die in den vergangenen Monaten gesammelten Erkenntnisse anzupassen.

Die Zahl der aktuell mit dem Coronavirus infizierten Bürgerinnen und Bürger im Kreisgebiet konnte insbesondere in den Sommermonaten als niedrig bezeichnet werden. Über einige Wochen hinweg gab es keine Neuinfizierten. Wie aber sowohl auf Bundesebene als auch mit Blick auf das europäische Ausland deutlich sichtbar wird, steigen die Zahlen der Infizierten seit einigen Wochen wieder an. Das Robert-Koch-Institut schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland weiterhin als hoch ein, für Risikogruppen als sehr hoch. Auch im Kreisgebiet ist ein Anstieg der Zahl der Infizierten zu verzeichnen.

Das Lagezentrum besteht nach wie vor aus diversen Einheiten, die in engem Austausch miteinander arbeiten. Zu diesen gehören

- die Leitung, die im regelmäßigen Austausch mit den jeweiligen nachgeordneten Bereichen des Lagezentrums steht, Lagebesprechungen organisiert, Lösungsoptionen entwickelt und umsetzt sowie die Beantwortung von Presseanfragen zum Thema Corona sicherstellt. Hier sind Herr Dr. Kruse, Frau Fiedler und Herr Voerste engagiert; sie sind darüber hinaus Ihre Ansprechpartner, wenn es bei Ihnen um Fragen zum Thema „Bekämpfung der Corona-Pandemie“ geht.
- der Bürgerservice, an den sich die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar per Telefon oder E-Mail wenden können, um Antworten auf ihre Fragen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auftreten, zu erhalten und um ihre Einreise aus Risikogebieten mitzuteilen sowie die weitere Verfahrensweise im Hinblick auf durchzuführende Tests abzustimmen. Dieser Bereich wurde von Herrn Ludwig geführt. Jetzt hat sich Herr Hetzel bereit erklärt, diesen Bereich zu führen.

- der Bereich Recht, der unter anderem den Bürgerservice bei Auslegungsfragen unterstützt, Allgemeinverfügungen umsetzt, Musterbescheide entwickelt, Anfragen zu Befreiungen von der Quarantänepflicht für Reiserückkehrer aus Risikogebieten sowie Widersprüche und ggf. Klagen und Presseanfragen bearbeitet,
- der Bereich Ahndung, der für die Verfolgung von Verstößen gegen die geltenden Landesverordnungen und das Infektionsschutzgesetz informierend und beratend bei Kontrollen vor Ort tätig ist, und
- der Bereich Öffentlichkeitsarbeit, der den durchgängigen Informationsfluss zwischen dem Kreis und den Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet. Es bedarf während eines Pandemiefalls einer zügigen, umfassenden und konsistenten Information aller Akteure und der Bevölkerung unter dem obersten Gebot der Transparenz, um behördliche Entscheidungen und Hinweise nachvollziehbar zu vermitteln.

Durch festgelegte Besetzungszeiten an Werktagen in den Bereichen Recht und Ahndung von Montag bis Freitag sowie im Bürgerservice zusätzlich an den Wochenenden von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr trägt der Kreis zudem dem hohen Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung.

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass diese Aufgabe uns auch weiterhin stark fordert. Sowohl die Führungsebene als auch eine Vielzahl von Mitarbeitenden bringt sich aktiv in das Thema ein. Das bedeutet, dass diese Arbeitskapazität an anderer Stelle fehlt. Ich bitte Sie daher um Verständnis, dass dies auch Auswirkungen darauf haben kann, wie schnell wir einige Themen bearbeiten können. Selbstverständlich sehen wir es als unsere Aufgaben an, hier die richtigen Prioritäten zu setzen.

Zur Beschaffung von CO₂-Messgeräten: Am 10. August 2020 wurde der Schulbetrieb nach den Sommerferien, wenn auch unter besonderen Hygieneregeln, mit regulärem Unterricht in Klassenräumen wieder aufgenommen. Da eine Übertragung des Coronavirus über die Raumluft ein erhebliches Risiko für die Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte darstellt, ist es dem Kreis ein wichtiges Anliegen, alle im Hinblick auf dieses Risiko zu sensibilisieren. Eine Übertragung von SARS-CoV-2 in Innenräumen lässt sich durch

geeignete Lüftungsmaßnahmen reduzieren. Der CO₂-Wert ist ein Indikator für den Anteil der Aerosole in der Raumluft. Somit kann durch rechtzeitiges Lüften das Infektionsrisiko vermindert werden.

Aus diesem Grund hat der Kreis zur kontinuierlichen Überwachung der Kohlenstoffdioxid-Konzentration und weiteren Qualitätsfaktoren der Luft für die kommunalen Verwaltungen sowie für die Schulen entsprechende CO₂-Messgeräte bis zu einer Obergrenze von 256 Stück für die Schulen sowie 36 Stück für die Verwaltungen beschafft, die bei Überschreitung eines kritischen Wertes auf die Notwendigkeit zur Durchführung einer geeigneten Lüftung hinweisen.

Diese möchte der Kreis den Schulen und Kommunalverwaltungen im Kreis unentgeltlich als Leihgabe überlassen. Die Auslieferung der ersten 100 Geräte kann vorbehaltlich der Einhaltung des vorgesehenen Liefertermins an den Kreis ab dem 17.09.2020 erfolgen. Die restlichen Geräte sollen dann ab dem 12.10.2020 zur Verfügung stehen.

Auch Besprechungsräume im Kreishaus und den Außenstellen sollen mit den CO₂-Messgeräten ausgestattet werden. Der Kreis verspricht sich dadurch, Impulse zum regelmäßigen Lüften geben zu können – gerade in der bevorstehenden kälteren Jahreszeit.

Zu der Empfehlung der e-guest-App durch die DEHOGA:

Der Kreis steht derzeit im engen Austausch mit dem Kreisverband des deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, der DEHOGA. In Restaurants, Cafés und Bars sind nach der derzeit geltenden Corona-Bekämpfungsverordnung die Kontaktdaten der Gäste zu erheben und für vier Wochen aufzubewahren.

Sollte sich im Nachhinein einer der Gäste als mit dem Coronavirus infiziert herausstellen, kann es für die Kontaktpersonenermittlung des Kreises notwendig sein, die Daten der übrigen Gäste von dem Restaurant zu erhalten.

Um diesen Prozess für alle Beteiligten zu vereinfachen, wurde die e-guest-App von einem Mönchengladbacher Start-Up-Unternehmen entwickelt. Die Nutzung dieser Applikation

funktioniert folgendermaßen: Ein Restaurant registriert sich einmalig. Das Lokal gibt die Anzahl seiner Tische an. Das System generiert für jeden Tisch einen QR-Code. Diesen druckt das Restaurant aus, laminiert und platziert ihn auf dem entsprechenden Tisch. Nun registriert sich der Gast über die App. Nach dem Klick auf „Einchecken“ scannt er einen QR-Code mit seinem Smartphone und hat damit seinen Tisch reserviert. Automatisch wird dann die Speisekarte des gebuchten Restaurants geladen. Auf diese Weise können keine persönlichen Daten mehr von Dritten eingesehen werden und das von Papier und Stift ausgehende Infektionsrisiko entfällt. Die Datenerfassung erfolgt schnell, anonymisiert und verschlüsselt auf deutschen Servern. Nur im Falle einer notwendigen Kontaktpersonenermittlung durch das Gesundheitsamt des Kreises werden die Daten der Gäste verschlüsselt an den Kreis übermittelt.

Der Vorstand des DEHOGA-Kreisverbandes wird übermorgen, am 16.09.2020, eine Mitteilung an alle Mitglieder im Kreisgebiet geben und „e-guest“ ab sofort zur Nutzung empfehlen. Gleichzeitig wendet sich der Vorstand an den Landesverband, um dort landesweit das gleiche zu erreichen.

Ich begrüße dieses Vorhaben der DEHOGA ausdrücklich und sage auch an dieser Stelle herzlichen Dank für diese Maßnahme. Denn: Die Kontaktdatenerfassung stellt einen elementaren Bestandteil der Bekämpfung der Corona-Pandemie dar, weil die Kontaktpersonenermittlung im Falle eines Ausbruchsgeschehens darauf angewiesen ist, diese Daten schnell und sicher zu erhalten. Der Kreis erhofft sich durch den Einsatz der e-guest-App vereinfachte und beschleunigte Arbeitsprozesse bei der Kontaktpersonenermittlung und damit ein noch effektiveres Vorgehen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Sonstige Maßnahmen in der Kreisverwaltung mit Bezug zu Corona:

- Um gut auf die voraussichtlich steigenden Infektionszahlen im Herbst vorbereitet zu sein, hat der Kreis dazu aufgerufen, dass sich Studenten melden. Insbesondere Medizin- und Jurastudenten, die Interesse an einer Tätigkeit im Zusammenhang mit Corona haben, wurden angesprochen. Es hat bis jetzt über 20 Interessenten gegeben. Einige wurden bereits eingestellt und haben ihren Dienst angetreten.

- Im Kreishaus wurde in den Treppenhäusern wieder ein Einbahnstraßen-System etabliert. Zudem sind die Beschäftigten des Kreises verpflichtet, außerhalb ihrer Büroräume und der Sitzungsräume einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Besucherinnen und Besucher des Kreishauses oder der weiteren Liegenschaften und Räumlichkeiten des Kreises sind mit wenigen Ausnahmen ebenfalls zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verpflichtet.

Kfz-Zulassung: Online-Termine in der Zulassungsbehörde

Landauf, landab gab es im Zuge der Coronakrise massive Kritik von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Fahrzeuge nicht oder nicht zeitnah zulassen konnten. Sie werden es vielleicht in den Medien verfolgt haben.

Die coronabedingten Einschränkungen im Zuge des Lockdowns haben uns in der Zulassungsbehörde zu einer Zeit getroffen, in der normalerweise die meisten Kunden im Jahr bedient werden.

Wir haben bei uns im Kreis nach Kräften versucht, die Auswirkungen des Lockdowns so gering wie möglich zu halten. In einem ersten Schritt haben wir über einen Annahme- und Ausgabeschalter sowie nach telefonischer Voranmeldung gearbeitet.

Wir befanden uns dennoch ein Stückweit in der Zwickmühle. Einerseits war der Bedarf an Zulassungsvorgängen gerade im März und April besonders hoch, andererseits hätten wir mit Blick auf das Infektionsgeschehen einen freien Zulauf mit der Ausgabe mit Wartemarken nicht durchführen können.

Um trotzdem wieder alle Kunden bedienen zu können, wurde dann eine Online-Terminlösung implementiert, die seit dem 23. April nutzbar ist.

Um den entstandenen Rückstand in der Kundenbearbeitung zu kompensieren, haben wir stufenweise das Personal massiv verstärkt. Des Weiteren haben wir unsere Terminangebote von bisher rund 26 Stunden auf über 47 Stunden pro Woche erhöht.

Für den Fahrzeughandel und die Zulassungsdienste haben wir seit Ende Juli eine Abgabezeit eingerichtet, so dass die Vorgänge gesammelt eingereicht werden können. In der Regel werden diese Vorgänge am folgenden Werktag wieder ausgegeben. Damit ist es uns gelungen, den Bedürfnissen aus diesem Bereich der Wirtschaft gerecht zu werden, da keine Begrenzung der Zahl der Vorgänge erfolgt.

Auch für die Privatkunden und das sonstige Gewerbe haben wir eine solche tägliche Abgabemöglichkeit zusätzlich zum Terminsystem geschaffen. Hier gilt das Versprechen, dass diese Vorgänge spätestens nach zwei Wochen abholbereit sind. Momentan ist es sogar so, dass wir zwischen drei und vier Tagen nach der Abgabe eine Abholnachricht geben können.

Ergänzend ist eine so genannte „Notfallschleife“ eingerichtet. Hier können sofort Termine telefonisch vereinbart werden, wenn ganz dringende Zulassungen erfolgen müssen. Da die Zahl dieser Termine sehr begrenzt ist, muss allerdings die Dringlichkeit belegt werden.

Mit den genannten Maßnahmen konnten innerhalb von nur vier Wochen erste Erfolge erzielt werden. So können wir inzwischen unseren Kundinnen und Kunden wieder zu jeder Tageszeit einen Termin innerhalb der nächsten zwei Wochen anbieten. Bis vor kurzem waren die Termine der nächsten drei Wochen schon in den frühen Morgenstunden restlos ausgebucht.

Wir hoffen und sind zuversichtlich, bald den Berg an Zulassungsvorgängen, der sich in der Phase des Lockdowns aufgetan hat, abgearbeitet zu haben.

Situation in der Bauaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde

Obwohl es zur Situation in der Unteren Bauaufsichtsbehörde bereits eine Berichterstattung in der Presse gegeben hat, möchte ich Sie an dieser Stelle selbst auch noch einmal über den aktuellen Sachstand informieren:

Wir haben seit mehreren Wochen eine äußerst angespannte personelle Situation in unserer Bauaufsichtsbehörde. Die Auslastung der Kolleginnen und Kollegen ist sehr hoch. Es entstehen Bearbeitungseingpässe durch länger erkrankte Kolleginnen und Kollegen.

Sie wissen, dass wir immer den Anspruch haben, die Anträge gut und schnell zu bearbeiten. Eine unserer internen Kennzahlen ist eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 50 Tagen.

Mit diesem Qualitätsziel lagen wir in den vergangenen Jahren im Benchmark zu den anderen Kreisen immer sehr gut. Leider ist aufgrund der personellen Situation die durchschnittliche Bearbeitungsdauer durchschnittlich etwa 10 Tagen höher, also bei rund 60 statt ungefähr 50 Tagen.

Es muss betont werden, dass diese längeren Bearbeitungszeiten nicht dem Anspruch des Kreises und der Bauaufsicht entsprechen, auch wenn sie noch im rechtlich zulässigen Rahmen liegen. Doch im Vergleich mit den anderen Kreisen stehen wir immer noch ordentlich dar.

Dieses ist auch dem großen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken, denen ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

Wir haben bereits verschiedene organisatorische und personelle Maßnahmen eingeleitet. Leider müssen wir feststellen, dass uns eine personelle Verstärkung derzeit noch nicht gelungen ist. Hier zeigt sich der Fachkräftemangel im Bereich der technischen Berufe. Aber auch hier werden wir weiter dranbleiben.

Es sind durch Herrn Hetzel und Frau Dr. Siefken eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, um die Situation wieder zu verbessern.

Kurzum: Die Situation ist insgesamt nicht befriedigend. Wir arbeiten daran. Und wir sind zuversichtlich, dass wir diese Durststrecke bald überstanden haben werden. Bis dahin bitten wir um Verständnis.

Weiterentwicklung des Jugend- und Sozialdienstes

Vor fast genau einem Jahr, nämlich am 16. September 2019, hatte ich Ihnen an dieser Stelle von der Situation im Jugend- und Sozialdienst und den daraus aus Sicht der Verwaltung folgenden Entwicklungsbedarfen berichtet. Grundlage unserer damaligen

Einschätzung war ein umfassender Organisationsuntersuchungsprozess, den wir zu Beginn des Jahres 2019 abgeschlossen hatten.

Mit Ihrer Unterstützung konnten wir dann den Organisationsentwicklungsprozess im Jugend- und Sozialdienst unter dem Motto „JSD 2020“ starten. Es handelt sich dabei um ein zentrales Entwicklungsprojekt der Verwaltung in diesem Jahr. Ich möchte jetzt die Gelegenheit nutzen, Ihnen kurz zum Stand der Umsetzung des Projektes zu berichten, Herr Voerste hatte den Hauptausschuss hierzu bereits am 20. August 2020 im Detail informiert.

Ich freue mich, dass die Arbeiten an dem Projekt trotz Corona weitergeführt werden konnten und es voraussichtlich nicht zu wesentlichen Verzögerungen kommen wird.

Der Kreistag hatte die Schaffung von insgesamt 8,5 neuen Stellen bewilligt. Erfreulicherweise ist es uns schon vor der Sommerpause gelungen, alle Stellen mit geeigneten Fachkräften zu besetzen.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen gegenwärtig die Weiterentwicklung der Prozesse sowie der Qualität der Arbeit und damit einhergehend auch wirtschaftliche Verbesserungen für den Kreishaushalt.

Erste positive Auswirkungen der Neuausrichtung sind bereits sichtbar. Und zwar sowohl im Hinblick auf die Weiterentwicklung der inhaltlichen Qualität unserer Arbeit als auch mit Blick auf den Haushalt.

Derzeit rechnen wir durch die Stärkung von Steuerungsinstrumenten in 2020 mit einer Verbesserung des Ergebnisses um rund 1,5 Mio. €. Nicht außer Betracht gelassen werden darf bei dieser Entwicklung jedoch, dass auch Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zu der positiven Haushaltsentwicklung beigetragen haben können. Wie groß deren Anteil war, werden wir in den kommenden Monaten beobachten.

Eine wichtige strukturelle Veränderung im Zuge dieses Projekts ist die Schaffung einer vierten Fachgruppe, die im Kieler Umland angesiedelt sein wird. Diese Fachgruppe hat ihre Arbeit Anfang des Monats aufgenommen. Vorläufig hat sie ihren Dienstsitz in den

umgebauten Räumlichkeiten der Emil-Nolde-Schule in Büdelsdorf. Dies ist aber nur als Übergangslösung geplant. Im Mittelpunkt der Überlegungen für eine Dauerlösung steht eine Immobilie in Felde, zu der die Verhandlungen über eine Mietlösung derzeit laufen.

Zur Arbeit der Heimaufsicht

Ich komme nunmehr zur Tätigkeit der Aufsichtsbehörde nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz, kurz Heimaufsicht.

Ich knüpfe dabei an meinen Bericht in der Sitzung des Hauptausschusses am 5. Dezember 2019 und die im Anschluss mit dem einen oder anderen Kreistagsabgeordneten geführten Gespräche an.

Die seinerzeitige Ausgangslage im Bereich der Pflege hatte ich Ihnen wie folgt beschrieben:

1. Die Anzahl der Pflegebedürftigen im Kreis Rendsburg-Eckernförde ist in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen (unter anderem demographische Effekte, Zunahme an Einpersonenhaushalten, Reduzierung oder Wegfall familiärer Hilfestrukturen, Änderungen am Pflegebedürftigkeitsbegriff) deutlich gestiegen.
2. Seit Jahren gelingt es nicht, genug Fachkräfte in den Pflegeberufen zu qualifizieren. Deshalb fehlen qualifizierte Mitarbeitende in den Einrichtungen, auch im Management.

Die Heimaufsicht als Aufsichtsbehörde nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz steht in der Spannungslage, einerseits die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner gewährleisten zu müssen, andererseits dabei unterstützen zu wollen, dass Pflegeplätze in Einrichtungen erhalten bleiben.

Deshalb hatten wir uns eigentlich vorgenommen, in diesem Bereich einen Schwerpunkt unserer Arbeit zu setzen, und zwar in der Weise, dass die demografischen und pflegerischen Voraussetzungen beschrieben und Lösungswege erarbeitet werden.

Diese Aufgaben sollten maßgeblich durch den Demografiebeauftragten koordiniert werden. Darüber hinaus hatten Sie, der Kreistag, beschlossen, eine Pflegekonferenz durchzuführen. Und es sollte ein neuer Pflegebedarfsplan erstellt werden, der für die Bevölkerung die Lage transparent macht und potentiellen Investoren Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten im Feld der Pflege aufzeigt.

Leider haben sich all diese Zielsetzungen bislang nicht realisieren lassen.

Ursächlich hierfür ist die Corona-Krise mit all ihren Auswirkungen auf die unterschiedlichen Akteure.

Das gesamte Team der Aufsichtsbehörde hat während der Pandemie-Hochphase im Frühjahr den Bereich Infektionsschutz im Gesundheitsamt unterstützt, und zwar teilweise an 7 Tagen in der Woche (Gesundheitsabfragen, Koordination der Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung, Beratungen). Zudem übernahmen die Mitarbeiterinnen Informationsweitergaben und Beratungen bezüglich der Allgemeinverfügungen und Erlasse über Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) in den stationären und teilstationären Einrichtungen.

Regelprüfungen nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz konnten in den zurückliegenden Monaten zunächst gar nicht und seit einer gewissen Zeit nur eingeschränkt vorgenommen werden. Anlassbezogene Vollprüfungen fanden auch in den zurückliegenden Monaten statt.

Die gesetzliche Prüfquote wird aufgrund der genannten Umstände nicht erreicht. Allerdings erwartet auch die Fachaufsicht in diesem Jahr von keiner Heimaufsicht im Land die Erfüllung der Quote. Wir bemühen uns gleichwohl, so viel zu prüfen, wie es geht, weil die Prüfungen der beste Schutz für die Bewohnerinnen und Bewohner darstellen, gerade in Zeiten, wo Angehörige nur in sehr reduziertem Umfang in den Einrichtungen sind.

Die Zielsetzungen, mithilfe einer Pflegekonferenz sowie der Erstellung eines neuen Pflegebedarfsplans zu einer Verbesserung der Gesamtsituation beizutragen, haben wir nicht aus den Augen verloren. Wir hoffen, im nächsten Jahr diese Themen angehen zu können.

Das wird umso wichtiger sein, als dass die Corona-Krise die Personalprobleme für die Pflegeeinrichtungen noch vergrößert hat. Mitarbeitende gehören zum Teil selbst zu Risikogruppen, zudem melden sich Mitarbeitende auch im Sinne der Träger der Einrichtungen wegen unklarer Symptome eher krank, weil man Gefahren für die Bewohnerschaft vermeiden will.

Ohnehin gegebene Strukturprobleme können bei einer Verschärfung der Personalprobleme dazu führen, dass ein Betreiber oder eine Betreiberin keine Chance für einen ordnungsgemäßen Betrieb der Einrichtung mehr sieht und schließt. Hintergrund meiner Ausführungen ist ein aktueller Fall im Kreis, zu dem wir bereits eine Presseanfrage hatten.

Wenn es zu einer Schließung kommt, wird der Kreis als Heimaufsicht die fortlaufende Begleitung sicherstellen und bei Bedarf allen Beteiligten beratend zur Seite stehen. So auch in diesem Fall.

Kreisstraßen - Deckenerneuerungen

Seit 2014 wird verstärkt in die Sanierung der Kreisstraßen investiert. Seinerzeit wurde ein 10-Jahresprogramm aufgestellt, um die am stärksten geschädigten Straßenabschnitte innerhalb dieses Zeitraums zu sanieren. Das Programm sah ursprünglich die Sanierung von rund 167 km Kreisstraße vor, also knapp ein Drittel der rund 500 km Kreisstraßen insgesamt.

Bis Ende 2019 wurde nun ein Großteil dieses 10-Jahresprogramms abgearbeitet. Es wurden mehr als 55 Baumaßnahmen durchgeführt und bis Ende 2019 wurden insgesamt etwa 180 km saniert.

Aus dem 10-Jahresprogramm verblieben für das Jahr 2020 damit noch neun Maßnahmen bzw. etwa 28 km, die saniert werden müssen und für die Mittel im Haushalt 2020 veranschlagt wurden. Von diesen neun Maßnahmen sind zwei Abschnitte bereits fertiggestellt und eine weitere Maßnahme läuft derzeit.

Im vergangenen Jahr waren wir zuversichtlich, dass wir das 10-Jahresprogramm bis zum Ende des Jahres abschließen könnten, also knapp vier Jahre früher als ursprünglich geplant.

Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir allerdings feststellen, dass wir dieses selbst gesteckte Ziel nicht erreichen werden. Das liegt einerseits an fachlichen Gründen. Wenn beispielsweise im Bereich einer Kreisstraße die Entwässerung neu gemacht werden muss, rücken wir mit unserem Zeitplan nach hinten. Andererseits liegt es aber auch an den fehlenden Kapazitäten beim Landesbetrieb LBV-SH und auch bei Ingenieurbüros, die für uns Förderanträge vorbereiten, die Maßnahmen planen und umsetzen.

Wir werden deshalb von den verbleibenden neun Maßnahmen voraussichtlich drei Maßnahmen erst im Jahr 2021 fertigstellen können.

Aber auch damit werden wir das 10-Jahresprogramm drei Jahre früher fertigstellen als ursprünglich geplant. Und außerdem werden wir in dieser Zeit knapp 210 km Kreisstraßen saniert haben, also immerhin 42 % aller Kreisstraßen im Kreis Rendsburg-Eckernförde.

Im Ergebnis ein großartiger Erfolg.

Rendsburg, den 14. September 2020

Dr. Rolf-Oliver Schwemer
Landrat